

Es müßte ferner in dem Abkommensprogramm die Förderung enthalten sein, daß darüber als bisher Schlichtebündel und Schlichter zum Besten kommen; eine Fortsetzung, die ja immer wieder aus den Reihen der Arbeiterschaft erhoben wird. Man muß sich klar darüber sein, daß es nicht möglich ist, hinter jeden Landwirt einen Schutzmann zu stellen, um jede Ueberschreitung der Abfertigungs- und Kontingenzbeschränkungen zu verhindern. Aber es darf nicht gebildet werden, daß sich der Schlichterhandel so offensichtlich breitmacht wie 1918, und daß offen Waren verkauft werden, deren Einfuhr verboten ist. Vor allem müßte endlich dafür gesorgt werden, daß die Leute, die aus Gewinnlust ihre Ernährung und unter Wirtschaftlichen Schäden, nicht mehr mit lächerlich geringen Strafen beaufschlagt werden, sondern möglichst durch langdauernde Internierung unschädlich gemacht werden.

Koch am kulturellen Fortschritt dürfte ein beachtetes Aufwachungsprogramm nicht vorhaben. Daß die gegenwärtige Deckerung und die Finanzen von Reich und den Einzelstaaten auch für die Frage der Bildung schwerer Rücksicht bringt, ist leider nicht zu vermeiden. So sind u. a. die Schulen, die der Reichs- oder einem der Provinzialregierungen unterstehen, in sehr schlechtem Zustand. Die Schulen sind überfordert, daß die meisten der Beamten noch mehr als früher von dem Verfall dieser Anstalten ausgegliedert sind. Trotz der 3. B. die Rückglieder der Universitäten bedeutend erhöht worden. Die Sozialdemokratie erreicht die völlige Unerschwinglichkeit des öffentlichen Unterrichtes auf allen Schulen, von der Volksschule bis zur Universität, ein Ziel, das sich aber unter den gegenwärtigen Umständen nicht in kurzer Zeit erreichen läßt. Die Schulen sollten vorläufig die Schul- und Studiengebühren abheben, nach dem Einkommen der Eltern der Schüler und Studenten abgeführt werden. Damit könnte man erreichen, daß weniger Befähigte nicht zu hohe Unkosten haben, andererseits könnten die Reichen noch mehr beitragen werden, als bisher und so die Mittel, die uns zum Unterhalt unserer wissenschaftlichen Anstalten zur Verfügung stehen, vermehrt werden.

Mit der Schaffung des Abkommensprogramms müßten sich natürlich die wachsenden Parteikonflikte sehr schnell beilegen; u. a. besser auch die Sonderinteressen der sächsischen Sozialdemokratischen Partei, die demnach in Weimar herrschen, dazu eine gute Gelegenheit. Es würde die Herrschaft der Partei erhöhen, wenn wir uns bei der Bekämpfung nicht darauf zu beschränken brauchten, auf naive Ziele hinzuwirken, sondern auch sagen können, welche Maßnahmen wir unmittelbar nach den Wahlen durchführen wollen, um auf dem Wege zum Sozialismus vorwärts zu kommen.

Der Entwurf eines Abkommensprogramms liegt den Parteiführungen bereits vor. Genaue erfolgt die baldige Durchberatung.

Militärische Sabotage

Breslau, 16. April. Der Reichskommissar Dr. Röhm ist zurückgetreten. Er veröffentlicht eine Erklärung, in der es heißt: Trotz größter Bemühungen von meiner Seite ist nicht erreicht worden, es ist nicht einmal gelungen, die hauptverantwortlichen Offiziere und Militärpersonen sofort von ihren Stellen im Heere zu befehlen. Die Militärzentralstellen helfen hindern im Wege. Deshalb habe ich gern die schwere Verantwortung für den ruhigen Verlauf der Dinge mit dem Heere in die Hände der Regierung zurückgelegt.

Die Konferenz in San Remo

Frankfurt a. M., 15. April. Aus Paris wird gemeldet: Millerand, der am Freitag abend Paris verließ, wird von Bonar Law, Lord Curzon sowie Benigello an seiner Seite begleitet werden. Ferner soll nach dem Petit Parisien, daß die Konferenz in San Remo beizubehalten, und zwar hauptsächlich deshalb, um bei den Beratungen über die militärischen Friedensbedingungen mit der Türkei und über die Maßnahmen zur Entwaffnung Deutschlands seiner Ansicht Ausdruck zu geben. Ritti wird heute abend nach San Remo abreisen. Die Konferenz wird ihre offiziellen Sitzungen erst am 20. April beginnen. Inzwischen werden Ritti und Lloyd George Besprechungen abhalten. Die Arbeiten werden mehr als eine Woche in Anspruch nehmen.

Frankfurt a. M., 16. April. Aus San Remo wird berichtet: Ritti wird den Vorsitz in der Konferenz führen. Von italienischer Seite werden an den Beratungen außerdem noch Suggatti und Badoglio, nebenbei auch Scialoja teilnehmen. England wird durch Lloyd George, Wilson und Bonar Law vertreten sein. Die französische Abordnung wird für Sonnabend erwartet. Sie besteht aus Millerand, Hoch und einigen anderen Mitgliedern. Die griechische Abordnung steht unter der Führung von Goronillos, da Benigello in Athen bleiben muß. Die Konferenz wird sich in erster Linie mit den Ereignissen in Deutschland und dann mit der Adriatfrage beschäftigen. Später soll sie auch die Salustage behandeln und die Friedensbedingungen für die Türkei zu Ende bringen. Wie Daily Express vernimmt, haben die russischen Delegierten Schritte unternommen, um zu der Konferenz zugelassen zu werden. Amerika wird sich durch seinen Botschafter in Rom vertreten lassen.

Abänderung im Programm

Breslau, 15. April. Wie die Neue Sächsisch Zeitung aus San Remo melden läßt, sind in dem Programm für die Beratungen vor Friedensvertrag, einige Abänderungen eingetreten. Die deutsche Delegation wird nicht erscheinen, dagegen eine wichtige zusätzliche Abänderung. Die ersten Sitzungen sind von besonderer Bedeutung, weil die Frage der Revision des Versailler Friedensvertrages ihren Hauptgegenstand bilden wird. Die Teilnahme der Vereinigten Staaten ist auf Grund offizieller Meldungen als wahrscheinlich anzunehmen.

Das abgeschnittene Ostpreußen

Danzig, 15. April. Das polnische Ministerium hat beschlossen: Um die Abtrennung der Provinzialprovinzen durchzuführen, wird für die Zeit von Ostern bis zum 17. des März, das heißt vom 26. zum 27. April der gesamte Verwaltungsbereich zwischen Ostpreußen und dem russischen Gebiet abgeschaltet. Die Abtrennungsbereiche gelten als Ausland. Für den Reichsbereich zwischen Ostpreußen und dem übrigen Deutschland ist die Linie Königsberg - Gersdorf - Königsberg - Deutsch-Eulau in Aussicht genommen. Über die Gründung dieses Gebietes werden noch

Berhandlungen geführt. Der Verkehr wird aber über nicht der Sonntage hergestellt.

Von autarkischer Berliner Stelle wird dies eine neue unterbreitete Vergegenwärtigung des hohen Ansehens Ostpreußens auf freien Durchgangsverkehr mit dem übrigen Deutschland genannt. Bei dieser Gelegenheit sollte Polen den deutschen Durchgangsverkehr mit Ostpreußen noch weiter einschränken. Bedingt auf der ganz unzureichenden eingehenden Lebensmittellieferungen über Ostpreußen nach Marienwerder und auch hier nur bei Tage sollte es das Durchlaufen einiger deutscher Waaren durch polnische Gebiet zulassen, offenbar nur, um nach außen hin den Schein zu wahren, daß es den Friedensvertrag innehalte. Die preussische Eisenbahnverwaltung hat sofort die nötigen Schritte zur Abwehr dieser neuen Verletzung des Friedensvertrages unternommen.

Frankreichs Finanzprogramm

Paris, 16. April. In der französischen Kammer entwickelte Finanzminister Rasnal sein Finanzprogramm. Ueber die Zahlungen, die Deutschland geleistet hat, erklärte Rasnal:

Die Vereinigten Staaten hatten von Deutschland 730 Millionen Goldmark erhalten. England 325 Millionen. Frankreich erhielt aus Verierungen 131 Millionen in Ruble, zu denen noch die Rohmateriallieferungen aus den Berggruben hinzukommen. Am 1. Februar hatte Frankreich 630 Millionen Mark erhalten, um seine Ausgaben zu decken. In Bezug auf die Schritte, Lokomotiven, Eisenbahnwagen, Motorenwagen, chemischen Produkte, Stroh und landwirtschaftlichen Maschinen haben die Schatzungsarbeiten kaum begonnen und man könne daher noch keine genaue Rechnung aufstellen. Jedenfalls muß aber auf die Vorteile hingewiesen werden, daß Deutschland so viel als möglich die Erfüllung des Vertrages hinausschiebe. Zwischen dem 1. September 1919 und dem 1. März 1920 sollte Frankreich 9.960.000 Tonnen Ruble erhalten. Es empfing jedoch nur 3.700.000 Tonnen.

Der Minister erklärte ferner, daß die Finanzen von Deutschland durch die Alliierten noch immer in Erregung gezogen werden. Alle Alliierten hätten daran ein gemeinsames Interesse.

Das französische Defizit

Frankfurt a. M., 16. April. Wie der Frankf. Sta. aus Gen. berichtet wird, verhandelt die französische Deputiertenkammer seit Freitag über die von der Regierung zur Deckung des Defizits vorgeschlagenen in der Hauptsache nicht direkten Steuern. Die Sozialdemokraten haben als Ausgleich eine starke Kapitalsteuer verlangt, sowie die Verstaatlichung mehrere öffentlicher Betriebe.

Der ehemalige Senatspräsident Duboit sagte bei Begründung einer Interpellation über die Finanzpolitik u. a. daß Frankreich sich bei Deckung seiner finanziellen Verpflichtungen auf Steuern und Anleihen nicht mehr verlassen dürfe und daher nach neuen Einnahmequellen suchen müsse. Nach seiner Ansicht hätte man für die Liquidation aller Kriegsschäden einen internationalen Kredit schaffen sollen. Der Hauptpunkt des Friedensvertrages sei, daß man nicht begriffen habe, daß die Zukunft der Welt von der Regelung der finanziellen Fragen abhängt und daß diese nur eine internationale Regelung finden könnten. Es sei vielleicht noch Zeit, die begangenen Fehler wieder gutzumachen.

Die Willkürherrschaft der Belgier

Köln, 16. April. Infolge des Generalfreizeigs in Eupen, Monchau und Namedit, der in voller Schärfe und unter Beteiligung aller Volksschichten durchgeführt wird, hat die belgische Regierung den Kreis Eupen geistert. Es verlangt, daß außer dem Kreisleiter, Gemeindefortschrittler Eupen, auch der Bürgermeister von Eupen verhaftet werden soll. In Eupen wurde von einer über 6000 Personen besetzten Versammlung eine Entschließung angenommen, in der gegen die unerträgliche Verdrängung der unehrlichen Abstammungsbedingungen, gegen die Verkleinerung des Schulwesens, gegen die polizeiliche Willkürherrschaft, gegen die Verarmungsbedingungen und Ausweisungen protestiert wurde. Technische Klagen wurden ferner auch in Monchau statt. Nach einer Anrede des Kreisleiters auf dem Marktplatz in Monchau wurde folgendes Telegramm an die Reichsregierung und preussische Landesregierung gerichtet:

Die Bevölkerung protestiert gegen die Ueberlassung ihrer Eisenbahn an Belgien und gegen die Gebietsabteilungen. Sie fordert von der Reichsregierung eine unweidliche Erklärung in der Nationalversammlung und von der preussischen Regierung dasselbe in der preussischen Landtag.

Die Aufhebung der Militärgerichte

Berlin, 15. April.

Auf der Tagesordnung der Sitzung der Nationalversammlung steht die erste Lesung des Gesetzes über Aufhebung der Militärgerichte.

Abg. Wurmach (Dnall): Die Abschaffung der Militärgerichte darf gerade im jetzigen Augenblick als unabweisbar, weil nach etwa 10.000 Mordtaten. Den bürgerlichen Gerichten fehlt die nötige Souveränität.

Abg. Stollas (Soz.): Wenn die Rechte mit den Wahlen hätte man sich die zum Verfall, damit wäre die Möglichkeit gegeben, daß von ihr gemächten Gesetze noch zu erledigen. (Sehr richtig!)

Abg. Schulz (Dnall): Wir brauchen ja nicht alle zu erledigen. Wir haben nicht die Aufgabe, die Gesetzgebung zu machen, die Sie wollen, sondern die die Mehrheit für notwendig hält. Der Prozeß Natiol ist eines der fruchtbarsten Beispiele für den Niedergang der Militärgerichtsbarkeit; bei dieser ist zweifellos eine gewisse passive Resistenz eingetreten. (Sehr richtig!)

Abg. Schulz (Soz.): Die Schwierigkeiten bei der Abschaffung der Militärgerichtsbarkeit sind doch nicht so groß, daß man sie deshalb für die schwersten Projekte aufrecht erhalten sollte. Das würde eine große Rechtsunsicherheit und Unsicherheit mit sich bringen. Wir verlangen, daß beim Zusammentritt des neuen Reichstags auch ein neues Reichsgesetzbuch vorgelegt wird. Das vorliegende Gesetz steht voller Jungfrauen. Zum Beispiel soll der Soldat bei der Annahme von Vergewaltigungsvorwürfen den Weg der Selbstverteidigung einhalten; er muß also 24 Stunden warten, bis daß ihn die Polizei alle Spuren der Tat beseitigt werden können; das muß bei den Ausschussberatungen befragt werden. Die Notwendigkeit für ein gewisses Disziplinarstrafrecht der Vorgesetzten ist natürlich vorhanden, aber es muß auf ganz geringe Vergewaltigungen beschränkt werden, wie Raub und Ähnliches. Daß die bürgerlichen Gerichte aber ebendenn nicht unter einer militärischen Kontrolle gestellt werden sollen, ist ganz unüberdacht. (Zustimmung laut.)

Reichsgesetzbuch

Das vorliegende Gesetz steht voller Jungfrauen. Zum Beispiel soll der Soldat bei der Annahme von Vergewaltigungsvorwürfen den Weg der Selbstverteidigung einhalten; er muß also 24 Stunden warten, bis daß ihn die Polizei alle Spuren der Tat beseitigt werden können; das muß bei den Ausschussberatungen befragt werden. Die Notwendigkeit für ein gewisses Disziplinarstrafrecht der Vorgesetzten ist natürlich vorhanden, aber es muß auf ganz geringe Vergewaltigungen beschränkt werden, wie Raub und Ähnliches. Daß die bürgerlichen Gerichte aber ebendenn nicht unter einer militärischen Kontrolle gestellt werden sollen, ist ganz unüberdacht. (Zustimmung laut.)

Verklammerung. Sie bittet die deutsche Delegation um Unterstützung. Monchau erklärt sich sofort für die sofortige Abstimmung in diesen Kreisen. — Die Räter (Kommunisten) streift getroffen.

Deutsche Reichskasse

Berlin, 16. April. Die deutsche Regierung hat im April in Paris eine umfängliche Note überreicht, worin sie nachdrücklich die Forderung der sofortigen Einberufung der Nationalversammlung in den Kreisen Eupen und Namedit auf die Volksabstimmung in den Kreisen Eupen und Namedit zur Anwendung bringen. Die Note wurde mit an den Völkerverbund mit dem Ersuchen, eine Kommission zur Ueberwachung zu entsenden und spricht die Erwartung aus, daß Maßnahmen getroffen werden, um die Teilnahme einer Bevölkerung von mehr als 60.000 Seelen zu verhindern.

Meuterei scheidischer Soldaten

Brag, 16. April. Nach den Znammer Berichten veranfaßten die tschechischen Soldaten im Osten einen Streik, woran sich auch Soldaten beteiligten. Einige von ihnen wurden wegen Teilnahme an der Demonstration von der Militärpolizei angehalten und zum Militärkommissar mit Kasernenort geführt. Am 13. April haben sich nun die Mannschaften dieses Regiments aufgemauert, um die Militärpolizei zu befehlen. Den Offizieren wurde das Betreten der Kasernen verboten und einige Offiziere wurden auf der Straße nach Wien unterstellt. Schließlich gelang es dem Kommandeur, mit den Offizieren vereinigt in die Kaserne zu gelangen und die Soldaten über die Mannschaften zu bekommen. Ein Streikverkehr gegen diese wurde eingeleitet.

Den Ernst der Sache beleuchtet die Tatsache, daß das Ministerium der nationalen Verteidigung sich gegenwärtig nicht, den Vorfall öffentlich bekanntzugeben.

Freilassung Bela Khuns?

Wien, 16. April. Ein hiesiges Blatt berichtet, daß die ungarische Regierung bezüglich Khuns und Bemerkungen die österreichische Regierung geteilte Zustimmung begehren wird wegen einiger Formfehler abgelehnt werden. Nach amtlicher Mitteilung ist eine baldige Freilassung Khuns und seiner Anhänger in Aussicht genommen.

Die Wahlvorlage

Der Verfassungsausschuß der Nationalversammlung legte gestern die Beratung der Wahlvorlage für 2. 9. 14 wurde beschlossen, daß die Wahlvorläufige der 20 Wähler der Wahlkreise unterzogen sein müssen. Von der Vorlage waren 50. Statt Verbandsratswahl ist die Wahlkreiswahl vorgeschlagen. Die Zeit zur Annahme der Wahlvorlage soll als gewahrt gelten, wenn die Erklärung von Tage vor Ablauf der Frist durch einrückenden Brief zur Verfügung gegeben worden ist. In § 15 (Verbandsratswahl) wurde folgendes angenommen: Innerhalb eines Verbandsratswahlkreises können mehrere Wahlkreise miteinander verbunden werden. Die Verbindung ist nur dann wirksam, wenn diese Wahlkreise sich auf eine Reichswahlkreise einigen. Gemäß dem Antrag des Ministers Reich wurde festgelegt, daß die Einrichtung der Wahlkreise am 21. der Reichswahlkreise am 16. und die Einrichtung der Wahlkreise am 12. Tage vor der Wahl erfolgt sein muß § 17 erhielt folgende Fassung: Für die Wahlkreise ist zu erklären, daß die Bestimmungen eines Wahlkreises zu erklären sind. Die Erklärung muß spätestens am 12. Tage vor der Wahl beim Reichswahlleiter eingereicht sein. Seine Fristen im Wahlkreis des Wahlkreises sein. Die Bestimmungen für den Wahlkreis. Zum Kapitel Wahlprüfung und Ermittlung des Wahlergebnisses wurde die Wahl mit Unschärfen einmündig beschlossen. Ebenso der Wahlprüfung, daß dies im Falle der Wahlprüfung im Wahlkreis die Wahl mit Unschärfen einmündig beschlossen wurde. Die Wahlprüfung wurde eine Resolution auf dem Wege der Annahme anderer öffentlicher Wahlprüfungen und Bestimmungen zur Wahlprüfung der gleichen Wählerkreise ist zulässig. Ferner wurde die Entscheidung über den Antrag der Wahlprüfung durch das Reich zu, wo es zahlreich Revisoren sprach.

Abg. Dietrich (Znat. Vg.): Auf die Wahlprüfung würden sich im Wahlkampf dem Vorwurf nicht entziehen können, daß sie für ihre Parteifälle noch schnell einen Vorteil erzielen wollen. Die Wahlprüfung würde sich jeder Wähler selbst beschaffen. — **Abg. Waldstein (Dem.):** Ich will mich nicht auf die Wahlprüfung des Reiches, zweifellos zu erwartende Unschärfen und ungewisse Auslegung" der Angelegenheit seinen Antrag auf Uebernahme der Rollen der Wahlprüfung auf das Reich zurück. Auf Antrag Wurmach (Soz.) wurde nach längerer Debatte beschlossen, daß die Wahlprüfung die Wahlprüfung haben sollen, die Unschärfen Wahlprüfung öffentlich aufzulösen.

Kommission aus dem Gesetz unter allen Umständen befristet werden. Sollte etwa mit neuen Stellen geschaffen werden, in die gleiche Zeit hineingeführt werden können. Weiter soll die Unterabteilung schon verhandelt werden können nur im Interesse der Öffentlichkeit und der Wahlen gegen die Uebernahme in die Wahlprüfung. Das müßte sich aber militärischen Vorgesetzten einmündig werden. Das müßte sich aber militärischen Vorgesetzten einmündig werden. Das müßte sich aber militärischen Vorgesetzten einmündig werden.

Abg. Wurmach (Soz.): Wenn die Rechte mit den Wahlen hätte man sich die zum Verfall, damit wäre die Möglichkeit gegeben, daß von ihr gemächten Gesetze noch zu erledigen. (Sehr richtig!)

Abg. Schulz (Dnall): Wir brauchen ja nicht alle zu erledigen. Wir haben nicht die Aufgabe, die Gesetzgebung zu machen, die Sie wollen, sondern die die Mehrheit für notwendig hält. Der Prozeß Natiol ist eines der fruchtbarsten Beispiele für den Niedergang der Militärgerichtsbarkeit; bei dieser ist zweifellos eine gewisse passive Resistenz eingetreten. (Sehr richtig!)

Abg. Schulz (Soz.): Die Schwierigkeiten bei der Abschaffung der Militärgerichtsbarkeit sind doch nicht so groß, daß man sie deshalb für die schwersten Projekte aufrecht erhalten sollte. Das würde eine große Rechtsunsicherheit und Unsicherheit mit sich bringen. Wir verlangen, daß beim Zusammentritt des neuen Reichstags auch ein neues Reichsgesetzbuch vorgelegt wird. Das vorliegende Gesetz steht voller Jungfrauen. Zum Beispiel soll der Soldat bei der Annahme von Vergewaltigungsvorwürfen den Weg der Selbstverteidigung einhalten; er muß also 24 Stunden warten, bis daß ihn die Polizei alle Spuren der Tat beseitigt werden können; das muß bei den Ausschussberatungen befragt werden. Die Notwendigkeit für ein gewisses Disziplinarstrafrecht der Vorgesetzten ist natürlich vorhanden, aber es muß auf ganz geringe Vergewaltigungen beschränkt werden, wie Raub und Ähnliches. Daß die bürgerlichen Gerichte aber ebendenn nicht unter einer militärischen Kontrolle gestellt werden sollen, ist ganz unüberdacht. (Zustimmung laut.)

Abg. Schulz (Znat. Vg.): Auf die Wahlprüfung würden sich im Wahlkampf dem Vorwurf nicht entziehen können, daß sie für ihre Parteifälle noch schnell einen Vorteil erzielen wollen. Die Wahlprüfung würde sich jeder Wähler selbst beschaffen. — **Abg. Waldstein (Dem.):** Ich will mich nicht auf die Wahlprüfung des Reiches, zweifellos zu erwartende Unschärfen und ungewisse Auslegung" der Angelegenheit seinen Antrag auf Uebernahme der Rollen der Wahlprüfung auf das Reich zurück. Auf Antrag Wurmach (Soz.) wurde nach längerer Debatte beschlossen, daß die Wahlprüfung die Wahlprüfung haben sollen, die Unschärfen Wahlprüfung öffentlich aufzulösen.

verlangt. Von bestimmten Plänen hat Lüttwig den Führern der Reichsvereine keine Mitteilung gemacht.

Das Gesetz zur Herabsetzung der Schaumweinsteuer, monatelang 12 M. für die Flasche und für Fruchtweine 3 M. beträgt, wird in allen drei Lesungen angenommen.

Die Beschlüsse zur Herabsetzung der Schaumweinsteuer, monatelang 12 M. für die Flasche und für Fruchtweine 3 M. beträgt, wird in allen drei Lesungen angenommen.

Die Beschlüsse zur Herabsetzung der Schaumweinsteuer, monatelang 12 M. für die Flasche und für Fruchtweine 3 M. beträgt, wird in allen drei Lesungen angenommen.

Die Beschlüsse zur Herabsetzung der Schaumweinsteuer, monatelang 12 M. für die Flasche und für Fruchtweine 3 M. beträgt, wird in allen drei Lesungen angenommen.

Die Beschlüsse zur Herabsetzung der Schaumweinsteuer, monatelang 12 M. für die Flasche und für Fruchtweine 3 M. beträgt, wird in allen drei Lesungen angenommen.

Die Beschlüsse zur Herabsetzung der Schaumweinsteuer, monatelang 12 M. für die Flasche und für Fruchtweine 3 M. beträgt, wird in allen drei Lesungen angenommen.

Die Beschlüsse zur Herabsetzung der Schaumweinsteuer, monatelang 12 M. für die Flasche und für Fruchtweine 3 M. beträgt, wird in allen drei Lesungen angenommen.

Die Beschlüsse zur Herabsetzung der Schaumweinsteuer, monatelang 12 M. für die Flasche und für Fruchtweine 3 M. beträgt, wird in allen drei Lesungen angenommen.

Die Beschlüsse zur Herabsetzung der Schaumweinsteuer, monatelang 12 M. für die Flasche und für Fruchtweine 3 M. beträgt, wird in allen drei Lesungen angenommen.

Die Beschlüsse zur Herabsetzung der Schaumweinsteuer, monatelang 12 M. für die Flasche und für Fruchtweine 3 M. beträgt, wird in allen drei Lesungen angenommen.

Das System der Täuschung

Die Falschmeldung über Rapp und Lüttwig

Am Donnerstag mittag wurde Berlin durch eine Meldung des R. L. B. in freudiger Erregung versetzt, wonach Lüttwig und Oberst Bischoff verhaftet sein sollten.

Das ist leider völlig zutreffend. In der Täuschung und Lüge war die Militärverwaltung von jeher Meisterin.

Die Beschlüsse zur Herabsetzung der Schaumweinsteuer, monatelang 12 M. für die Flasche und für Fruchtweine 3 M. beträgt, wird in allen drei Lesungen angenommen.

Die Beschlüsse zur Herabsetzung der Schaumweinsteuer, monatelang 12 M. für die Flasche und für Fruchtweine 3 M. beträgt, wird in allen drei Lesungen angenommen.

Deutschlands Finanzlage

Der Finanzausschuss der Nationalversammlung beschloß heute mit dem Reichspräsidenten, Finanzminister Dr. Wirth wieder darauf hin, daß wir vor einer neuen Quelle von Einnahmegerungen ständen.

Die Beschlüsse zur Herabsetzung der Schaumweinsteuer, monatelang 12 M. für die Flasche und für Fruchtweine 3 M. beträgt, wird in allen drei Lesungen angenommen.

Die Beschlüsse zur Herabsetzung der Schaumweinsteuer, monatelang 12 M. für die Flasche und für Fruchtweine 3 M. beträgt, wird in allen drei Lesungen angenommen.

Die Beschlüsse zur Herabsetzung der Schaumweinsteuer, monatelang 12 M. für die Flasche und für Fruchtweine 3 M. beträgt, wird in allen drei Lesungen angenommen.

Die Beschlüsse zur Herabsetzung der Schaumweinsteuer, monatelang 12 M. für die Flasche und für Fruchtweine 3 M. beträgt, wird in allen drei Lesungen angenommen.

Die Beschlüsse zur Herabsetzung der Schaumweinsteuer, monatelang 12 M. für die Flasche und für Fruchtweine 3 M. beträgt, wird in allen drei Lesungen angenommen.

Die Beschlüsse zur Herabsetzung der Schaumweinsteuer, monatelang 12 M. für die Flasche und für Fruchtweine 3 M. beträgt, wird in allen drei Lesungen angenommen.

Die Beschlüsse zur Herabsetzung der Schaumweinsteuer, monatelang 12 M. für die Flasche und für Fruchtweine 3 M. beträgt, wird in allen drei Lesungen angenommen.

Die Beschlüsse zur Herabsetzung der Schaumweinsteuer, monatelang 12 M. für die Flasche und für Fruchtweine 3 M. beträgt, wird in allen drei Lesungen angenommen.

Deutsches Reich

Eine Richtigerstellung des Wollischen Bureaus

Die Freiheit hatte das Wollische Telegraphenbureau während der Tage des Rapp-Putsch kritisiert und insbesondere gegen die beiden Direktoren des Bureaus auch von uns wiederholte Anschuldigungen veröffentlicht.

Die Beschlüsse zur Herabsetzung der Schaumweinsteuer, monatelang 12 M. für die Flasche und für Fruchtweine 3 M. beträgt, wird in allen drei Lesungen angenommen.

Die Beschlüsse zur Herabsetzung der Schaumweinsteuer, monatelang 12 M. für die Flasche und für Fruchtweine 3 M. beträgt, wird in allen drei Lesungen angenommen.

Die Beschlüsse zur Herabsetzung der Schaumweinsteuer, monatelang 12 M. für die Flasche und für Fruchtweine 3 M. beträgt, wird in allen drei Lesungen angenommen.

In dieser Sitzung hielt der schon bekannte Hauptmann Vetter einen Vortrag über das Vorgehen einer Militärkommission zur Erneuerung und Gesundung Bayerns.

Die Beschlüsse zur Herabsetzung der Schaumweinsteuer, monatelang 12 M. für die Flasche und für Fruchtweine 3 M. beträgt, wird in allen drei Lesungen angenommen.

Die Beschlüsse zur Herabsetzung der Schaumweinsteuer, monatelang 12 M. für die Flasche und für Fruchtweine 3 M. beträgt, wird in allen drei Lesungen angenommen.

Die Beschlüsse zur Herabsetzung der Schaumweinsteuer, monatelang 12 M. für die Flasche und für Fruchtweine 3 M. beträgt, wird in allen drei Lesungen angenommen.

Die Beschlüsse zur Herabsetzung der Schaumweinsteuer, monatelang 12 M. für die Flasche und für Fruchtweine 3 M. beträgt, wird in allen drei Lesungen angenommen.

Die Beschlüsse zur Herabsetzung der Schaumweinsteuer, monatelang 12 M. für die Flasche und für Fruchtweine 3 M. beträgt, wird in allen drei Lesungen angenommen.

Die Beschlüsse zur Herabsetzung der Schaumweinsteuer, monatelang 12 M. für die Flasche und für Fruchtweine 3 M. beträgt, wird in allen drei Lesungen angenommen.

Die Beschlüsse zur Herabsetzung der Schaumweinsteuer, monatelang 12 M. für die Flasche und für Fruchtweine 3 M. beträgt, wird in allen drei Lesungen angenommen.

Die Beschlüsse zur Herabsetzung der Schaumweinsteuer, monatelang 12 M. für die Flasche und für Fruchtweine 3 M. beträgt, wird in allen drei Lesungen angenommen.

Generalkrieg in Oberschlesien?

Breslau, 16. April. Nach einer Meldung der Schles. Ztg. stellte der obereschlesische Arbeiterrat gestern an die Volkshilfskommission anlässlich der Ernennung des Güterparquetdirektors Haezel u. a. folgende Forderungen:

Die Beschlüsse zur Herabsetzung der Schaumweinsteuer, monatelang 12 M. für die Flasche und für Fruchtweine 3 M. beträgt, wird in allen drei Lesungen angenommen.

Die Beschlüsse zur Herabsetzung der Schaumweinsteuer, monatelang 12 M. für die Flasche und für Fruchtweine 3 M. beträgt, wird in allen drei Lesungen angenommen.

Die Beschlüsse zur Herabsetzung der Schaumweinsteuer, monatelang 12 M. für die Flasche und für Fruchtweine 3 M. beträgt, wird in allen drei Lesungen angenommen.

Die Beschlüsse zur Herabsetzung der Schaumweinsteuer, monatelang 12 M. für die Flasche und für Fruchtweine 3 M. beträgt, wird in allen drei Lesungen angenommen.

Sobald als möglich Neuwahlen

Berlin, 16. April. Die Regierung sieht sich gezwungen in ihrer Arbeitserleichterung die Nationalversammlung zu beschleunigen.

Veruhigung im Ruhrrevier

Berlin, 16. April. Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, wird im Ruhrrevier nicht nur wieder in vollem Umfang gearbeitet, sondern auch die allgemeine Erzeugung hat sich gehoben.

Der vorläufige Ministerpräsident

Kopenhagen, 15. April. Der Ministerpräsident Friis empfing heute eine Abordnung von dänischen Nationalisten, die ihm eine Petition über die Internationalisierung der 2. Zone überbrachten.

Lezte Telegramme

Die Beschlüsse zur Herabsetzung der Schaumweinsteuer, monatelang 12 M. für die Flasche und für Fruchtweine 3 M. beträgt, wird in allen drei Lesungen angenommen.

Holland baut vor

Amsterdam, 16. April. Nach einer Mitteilung des holländischen Korrespondenten hat die Regierung in der zweiten Kammer einen Gesetzentwurf eingebracht zur Bekämpfung revolutionärer Wählervereine.

Keine Rückkehr des Ex-Kaisers

Amsterdam, 16. April. Telegrafisch meldet aus London: Am Unterhaus erörterte Lord Curzon die Frage, ob darüber gewacht werde, daß dem früheren deutschen Kaiser, ob dem Kronprinzen unter seinen Umständen die Erlaubnis zur Rückkehr nach Deutschland erteilt werde.

Deutsch-holländische Wirtschaftsverhandlungen

Amsterdam, 16. April. Laut Telegrafisch nahmen die Verhandlungen zwischen den deutschen Vertretern und der niederländischen Behörde bezüglich der Festsetzung der Preise für die Lebensmittelverrichtungen einen guten Fortgang.

Deutscher Musiker-Berband

Orchesterleitung Tredeke

Verammlung.

Samstag den 10. April, abends 8 Uhr im Saal der Stadt Dresden.

Freier Sport- und Sportverein

Dr. Lohmann (Fußballabteilung)

Hänfel und Gretel

Platz 10, Markt

Reichshallen

Auf zur Baumblut! Kümmelschänke, Orasewitz.

Bleich-Bar

Weinstube

Prinz-Fernmann-Bad

Lausa-Weisdorf.

Tanz-Unterricht

(Son. 16 Uhr)

Backfisch-Hüten

Kinder- u. Sport-Hüten

Radeberger Hutfabrik

Dresden-A., Moritzstraße 2.

Möbel

Schlafzimmer / Herrenzimmer

Mercedes-Schuhes

Wittmar.

Dresdner Handelsbank

Aktien-Gesellschaft

Osra-Allee 8 (im Hause Kaufmannschaft), Schlaebthofring 7, Wettinerstr. 66, Hauptmarktallee, Eliasplatz 8, Kaiserstr. 11.

Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände

"Ufa" Sebnitz.

Große öffentliche Versammlung der Angestellten aller Branchen.

Die Angestellten und die Zukunft.

Zur Erlangung von Entwurfs-Skizzen

Deutsche Hygiene-Museum u. die Staatl. naturwissenschaftl. Museen in Dresden

ALLGEMEINER DEUTSCHER IDEEN-WETTBEWERB

ausgeschrieben

Zur Beteiligung eingeladen sind alle deutschen Architekten, die sich am 1. September 1920 im Alter von 18 Jahren befinden.

1. Preis	20.000 M.
2. Preis	10.000 M.
3. Preis	5.000 M.
4. Preis	10.000 M.
5. Preis	5.000 M.
6. Preis	10.000 M.
Zusammen	70.000 M.

Hermann Tromplers

Bayr. Bierstuben

Geschäfts-Übernahme.

Ernst Haacker und Frau.

Frühjahrs-Mäntel

Ueberwältigende Auswahl

Cover Coat

Mäntel - Cover Coat - 110 cm lg., mit breiten, modernen Kragen, offen und geschlossen zu tragen, mit Rundgürtel	398 ⁰⁰
Mäntel - Zwirn-Cover-Coat - prächt. Qualität, mod. Raglanform, mit schmalem Revers	575 ⁰⁰
Mäntel - Cover Coat - f. junge Damen, schicke Form, mit Rundgürtel, reich gesteppt	585 ⁰⁰
Mäntel - Cover Coat - prächtvolle Qualität, 120 cm lang, hochelegante Paßform, mit reicher Stepperei, Knopfgarnitur und aufgesetzten Taschen	675 ⁰⁰
Modell-Cover-Coat-Mäntel - hervorragende Stoff-Qualitäten, eleg. Ausführungen und Formen	3400 ⁰⁰ bis

Alsberg

Wilsdruffer Straße 6, 8, 10.

Beachten Sie unsere Fenster!

Rouffe

Binn, Kupfer, We. fmg, Blei, Zinn

Witmetalle

Rotguss, Messing, Zinn

Rouffe höchstzählend

W. Langer, Dresden

Neue Welt-Kalender 1920

Volksbuchhandlung, Wettinerplatz 10

Ziehen Sie um?

Jitmann

Hausschuhen und Pantoffeln

Otto Friebe

Fahrad-Schläuche

Fahrrad-Schläuche

W. Spindler

Färbererei und chem. Wäschekalk

H. Anzüge

H. Anzüge

Die Bo...
Küchen...
Rauchtabak...
Gute Damen...
Wagner & Comp...
Behr preiswert...
Langer, Franz...
Geflügel...
Wagner & Comp...

Der erste Mai

Wir haben gestern an dieser Stelle eine Zuschrift von... Die Feststellungen dürften ebenso einwandfrei sein wie die daraus gezogenen Schlussfolgerungen.

In der gestrigen Zuschrift wird allerdings die Ansicht vertreten, daß nach Erlass der Reichsverfassung die Festsetzung der Feiertage lediglich Reichsangelegenheit sei.

Die sächsische Regierung sollte ungesäumt in dieser Richtung vorgehen. Seit genug bleibt noch zur Verfügung, nur muß schnell gehandelt und der Volkstammer womöglich schon bei dem Zusammenritt am Dienstag ein Gesuch um Unterstützung eingeleitet werden.

Die Arbeiter-Pensionäre der Staatsbahn

befinden sich infolge der niedrigen Renten in einer besonders großen Notlage. Die Forderungen dieser bedauernswerten Leute, die ihre Kräfte gegen ungenügende Bezahlung im schweren Dienste für die Staatsbahn aufzuwiegen, schildert eine Zuschrift, der wir folgendes entnehmen:

Der Wildschuß

Roman von Hermann Horn

Er setzte sich an seinen Schreibtisch, ließ den Blick über die Wandtafel mit den Akten gleiten, betrachtete für einen Augenblick das alte Bild des Königs Max, das gerade ihm gegenüber an der Wand hing, umsetzte plötzlich die Stirne und befaß, das Mädchen vorzuführen.

Die fortgesetzte Erhöhung der Lebensmittel sowie aller Bedarfsartikel haben die Arbeiter-Pensionäre am allermeisten zu fühlen bekommen. Bei einer monatlichen Pension mit Zuzahlung von 50 bis 100 M. — nur in seltenen Fällen ist die Rente höher — ist es unmöglich, auch das Leben zu fristen.

Die fortgesetzte Erhöhung der Lebensmittel sowie aller Bedarfsartikel haben die Arbeiter-Pensionäre am allermeisten zu fühlen bekommen.

- a) der Volkstammer baldmöglichst Vorschläge zu unterbreiten, wie der dringenden Notlage der Arbeiter-Rentenempfänger gesteuert werden kann. b) in Verbindung mit der Besoldungsreform die Bezüge auch der Alt-Pensionäre und Witwen aus der Zeit vor dem Jahre 1912, wie für die anderen Pensionäre und Witwengeldempfänger dem gekürzten Gehaltswert entsprechend zu erhöhen.

Nach fast vierteljährlichem Warten wurde uns mitgeteilt, daß nachdem die sächsische Staatsbahnverwaltung an das Reich übergegangen seien, die sächsische Staatsregierung keinerlei Einfluß auf Eisenbahnangelegenheiten ausüben könne.

Die Landesstelle für Gemeinwirtschaft hat unter dieser Überschrift eine vom Genossen Edmund Fischer verfaßte Schrift herausgegeben. Verlag von John u. Jaenisch, Dresden. Preis 2,50 M.

Die Sozialisierung der Wasserwirtschaft

Die Landesstelle für Gemeinwirtschaft hat unter dieser Überschrift eine vom Genossen Edmund Fischer verfaßte Schrift herausgegeben. Verlag von John u. Jaenisch, Dresden. Preis 2,50 M.

Ein besonderes Interesse dürften auch die Abwände über die Versorgung mit Trink- und Brauchwasser, die landwirtschaftlichen Bewässerungsanlagen und die Sozialisierung der Fischwirtschaft erwecken.

Zum erstenmal wird in diesem Jahre ein umfassendes Bild von der Sozialisierung der Wasserwirtschaft gegeben, wie es sich unter Vertretung der einschlägigen Fachorganisationen und andern wissenschaftlichen Erkenntnissen in der nächsten Praxis darstellt und wie es in Wirklichkeit wird.

U. S. P., Hölz und Reichswehr

In Plauen referierte der unabhängige Stadlvorordnete Schmitt über die Lage in Boglande. Zum Schluß seiner zunächst chronologischen Betrachtung warf er die Frage auf: Was soll nun geschehen? und beantwortete sie folgendermaßen: Nach dem bisherigen Auftreten der Reichswehr habe ich die Befürchtung, daß es auch hier zu Zusammenstößen kommen wird.

Schließlich wurde ein Antrag gegen wenige Stimmen als zwecklos abgelehnt, der forderte, daß die drei sozialistischen Parteien in einem Telegramm an die Regierung gegen den Einmarsch der Reichswehr protestieren.

Die Versammlung spricht sich ferner nachdrücklich für die Anwendung der schärfsten Abwehrmaßnahmen aus, wenn die im Boglande sich befindende Reichswehr Unterdrückungsversuche an den politischen und wirtschaftlichen Bestrebungen der Arbeiterklasse vornehmen sollte.

Die U. S. P. folportiert übrigens immer wieder die Behauptung, Hölz sei ein Regierungsspieler. Finden sich im Boglande wirklich noch Leute, die auf solches Gerede hereinfallen? Auch der obige Beschluß verurteilt eine sonderbare Laxität.

Entstellter Sachverhalt

Von der Staatskanzlei wird berichtet: In den Blättern taucht noch immer die Mitteilung auf, daß der Abgeordnete Göttsch in ein sächsisches Ministerium berufen worden sei.

Der Gefangene

Der Gefangene hielt die Hände hin, rief eine gegen die andre und ich etwas freier um sich. „Ja, aber, Kaver“, begann der Landgerichtsrat wieder, „du wirst doch auch wissen, wegen was man dich verhaftet und transportiert hat.“

Leben · Wissen · Kunst

Der Schöpfer der Wiener Operette

Der Komponist der Wiener Operette, Johann Strauss, ist ein Mann, der die Welt der Musik durch seine Werke bereichert hat. Er wurde am 3. Oktober 1825 in Wien geboren. Seine Eltern waren ein Musikant und eine Schneiderin. Strauss begann seine musikalische Ausbildung in der Hofoper Wien. Er komponierte viele Operetten, die bis heute populär sind. Seine bekanntesten Werke sind 'Die Fledermaus' und 'Die lustigen Weiber von Windsor'. Strauss starb am 3. Juni 1899 in Wien.

Die Operette ist eine Form der Musik, die in Wien entstanden ist. Sie ist eine Mischung aus Oper und Komödie. Die Operette hat eine lange Geschichte. Sie wurde im 18. Jahrhundert entwickelt. Die Wiener Operette ist eine der bekanntesten Formen der Operette. Sie hat eine lange Tradition. Die Wiener Operette ist eine Form der Musik, die in Wien entstanden ist. Sie ist eine Mischung aus Oper und Komödie. Die Operette hat eine lange Geschichte. Sie wurde im 18. Jahrhundert entwickelt. Die Wiener Operette ist eine der bekanntesten Formen der Operette. Sie hat eine lange Tradition.

Die Wiener Operette ist eine Form der Musik, die in Wien entstanden ist. Sie ist eine Mischung aus Oper und Komödie. Die Operette hat eine lange Geschichte. Sie wurde im 18. Jahrhundert entwickelt. Die Wiener Operette ist eine der bekanntesten Formen der Operette. Sie hat eine lange Tradition.

Kohlenverkaufspreise.

Art	Preis
1. Klasse	12,50
2. Klasse	11,50
3. Klasse	10,50

Kleinverkaufsrückpreise ab Lager

Art	Preis
1. Klasse	12,50
2. Klasse	11,50
3. Klasse	10,50

Die Preise sind für die Zeit vom 1. April bis zum 31. März 1920 gültig. Die Preise sind für die Zeit vom 1. April bis zum 31. März 1920 gültig.

Wärmeladeverteilung.

Die Wärmeladeverteilung wird am 1. April 1920 durchgeführt. Die Wärmeladeverteilung wird am 1. April 1920 durchgeführt.

Dresdner Volksgesundung

Die Dresdner Volksgesundung ist ein Projekt, das die Gesundheit der Bevölkerung verbessern soll. Die Dresdner Volksgesundung ist ein Projekt, das die Gesundheit der Bevölkerung verbessern soll.

Wortrag

Die Wortrag ist ein Wettbewerb, bei dem die Teilnehmer ihre besten Werke einreichen. Die Wortrag ist ein Wettbewerb, bei dem die Teilnehmer ihre besten Werke einreichen.

Dresdner Kalender

Der Dresdner Kalender ist ein Kalender, der die Ereignisse in Dresden festhält. Der Dresdner Kalender ist ein Kalender, der die Ereignisse in Dresden festhält.

Elbgerückte Fischmengen im Bezirke der Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt

Fischart	Menge
1. Klasse	12,50
2. Klasse	11,50
3. Klasse	10,50

Erhöhung des Prämienzuschlages für Kartoffeln.

Die Prämienzuschläge für Kartoffeln werden ab dem 1. April 1920 erhöht. Die Prämienzuschläge für Kartoffeln werden ab dem 1. April 1920 erhöht.

Rabeberg

Die Rabeberg ist ein Berg, der in Dresden liegt. Die Rabeberg ist ein Berg, der in Dresden liegt.

In die Kameraden der Einwohnerwehr Dresden

Die Kameraden der Einwohnerwehr Dresden sind eine Gruppe von Männern, die die Sicherheit der Stadt gewährleisten. Die Kameraden der Einwohnerwehr Dresden sind eine Gruppe von Männern, die die Sicherheit der Stadt gewährleisten.

Protellverammlung aller Einwohnerwehrleute

Die Protellverammlung aller Einwohnerwehrleute wird am 1. April 1920 abgehalten. Die Protellverammlung aller Einwohnerwehrleute wird am 1. April 1920 abgehalten.

Mitteilung des Staatsrates.

Der Staatsrat hat eine Entscheidung getroffen. Der Staatsrat hat eine Entscheidung getroffen.

Kleine Mitteilungen

Die kleinen Mitteilungen berichten über lokale Ereignisse. Die kleinen Mitteilungen berichten über lokale Ereignisse.

Humor und Satire

Die Humor und Satire sind eine Form der Kunst, die die Menschen zum Lachen bringt. Die Humor und Satire sind eine Form der Kunst, die die Menschen zum Lachen bringt.

Sportartell

Die Sportartell sind eine Form der Sportarten, die die Gesundheit fördern. Die Sportartell sind eine Form der Sportarten, die die Gesundheit fördern.

Birna

Die Birna ist eine Art von Obst, die in Dresden wächst. Die Birna ist eine Art von Obst, die in Dresden wächst.

Die Kameraden der Einwohnerwehr Dresden

Die Kameraden der Einwohnerwehr Dresden sind eine Gruppe von Männern, die die Sicherheit der Stadt gewährleisten. Die Kameraden der Einwohnerwehr Dresden sind eine Gruppe von Männern, die die Sicherheit der Stadt gewährleisten.

Protellverammlung aller Einwohnerwehrleute

Die Protellverammlung aller Einwohnerwehrleute wird am 1. April 1920 abgehalten. Die Protellverammlung aller Einwohnerwehrleute wird am 1. April 1920 abgehalten.

Wärmeladeverteilung

Die Wärmeladeverteilung wird am 1. April 1920 durchgeführt. Die Wärmeladeverteilung wird am 1. April 1920 durchgeführt.

Kleinverkaufsrückpreise ab Lager

Art	Preis
1. Klasse	12,50
2. Klasse	11,50
3. Klasse	10,50

Advertisement for various services and products, including 'Jede Dame', 'Mantel-Ulbricht', and 'Herren-Zimmer'.